

# Das Tibetproblem

nur selten  
eine Schlag-  
zeile wert

von Helmut Clemens

**A**m 10. März 1998, dem 39. Jahrestag des tibetischen Nationalaufstands, setzte der exiltibetische Jugendkongreß (TYC) eine spektakuläre Aktion in Szene, um die Welt auf das Tibetproblem aufmerksam zu machen. Sechs seiner Mitglieder schlugen am 10. März auf dem Jantar-Mantar-Platz in Neu Delhi ein Zelt auf und schrieben auf ein Transparent: HUNGERN BIS ZUM TOD! Sie forderten u.a. die Wiederaufnahme der UN-Debatte über die Tibetfrage

auf der Grundlage der Resolutionen von 1959, 1961 und 1965; die Ernennung eines Sonderberichterstatters zur Untersuchung der Menschenrechtssituation im besetzten Tibet und die Berufung eines Sondergesandten zur Förderung einer friedlichen Lösung der Tibetfrage. Das entsprach exakt den Empfehlungen der Internationalen Juristenkommission in Genf vom Dezember 1997. Als die indische Polizei den Hungerstreik nach fünf Wochen gewaltsam beendete und die Geschwächten zur Zwangsernährung in ein Hospital brachte, übergieß sich der 60jährige Thupten Ngodup mit Benzin und zündete sich an. Am 29. April erlag er seinen schweren Brandverletzungen. Die Medien nahmen davon nur am Rande Notiz.

Tibet ist nur selten eine Schlagzeile an hervorragender Stelle wert. Trotz der Popularität des Dalai Lama. Trotz der Arbeit von Tibetgruppen in über 40 Ländern. Trotz mehrfacher Resolutionen nationaler und internationaler Parlamente. Trotz einer Reihe von Hollywoodfilmen zu Tibet. Trotz alledem: Das Tibetproblem kennen nur wenige. Der Begriff Tibet ist bei den meisten eher romantisch und bei einer Minderheit vorwiegend religiös besetzt. Die politischen Fakten sind kompliziert und interessieren nur am Rande. Das Dach der Welt ist zudem weit weg. Da assoziiert man grandiose Landschaften, ungewöhnlich gekleidete



Tibet-Demonstration im März 1996 in Brüssel. Trotz unermüdlicher Aktionen der Tibetgruppen ist die dramatische Situation in Tibet wenig bekannt.

Rolle gespielt, allerdings nicht so, wie China es heute darzustellen pflegt. Es gab Kriege, Tributverhältnisse mal mit tibetischer, mal mit chinesischer Dominanz; es gab verwandtschaftliche Bindungen unter den Herrscherfamilien, vor allem aber gab es lange Zeit gleichberechtigte Beziehungen. Im Jahr 822, nach einer zwei Jahrhunderte andauernden Periode

## Tibet und China – lange Zeit gleichberechtigte Beziehungen

das Land und die Grenzen wahren, die sie jetzt innehaben. Das gesamte Gebiet im Osten soll das Land von Groß-China sein, das gesamte Gebiet im Westen das Land von Groß-Tibet. Von keiner der beiden Seiten sollen kriegerische Handlungen ausgehen, noch feindliche Einfälle, noch Landraub...“ Der Text, dem dieser Auszug entnommen ist, wurde in drei Stelen eingemeißelt: am Berg Gugu Meru an der tibetisch-chinesischen Grenze, vor dem Palast der chinesischen Herrscher in Chang’an und auf dem Barkhor im Zentrum der tibetischen Hauptstadt Lhasa, wo sie heute noch zu besichtigen sind. Das Abkommen bildete über Jahrhunderte die Grundlage der tibetisch-chinesischen Beziehungen, auch als

Menschen, die exotische Riten vollziehen, und freundliche, stets zum Lachen aufgelegte Kahlköpfe in roten Roben.

Bis in die Mitte unseres Jahrhunderts war Tibet für die übrige Welt ein unbekanntes, geheimnisumwittertes Land. In seiner mehr als eineinhalbtausend Jahre alten Geschichte haben zwar von jeher die Beziehungen zum Nachbarland China eine

kriegerischer Auseinandersetzungen, schlossen die beiden Reiche einen Friedensvertrag. Darin hieß es: „Sowohl Tibet wie auch China sollen



Foto: John Ackerly (ICT)

1950 marschierten chinesische Truppen in Tibet ein. 1951 mußten die Tibeter einen Vertrag unterzeichnen, in welchem Tibet zum Teil Chinas erklärt wurde.

beide Reiche zeitweilig unter mongolische Oberherrschaft gerieten. Merkwürdigerweise leitete China später seine Theorie, daß Tibet historischer Bestandteil Chinas sei, just aus dieser Zeit her, als beide zwar in einem Staat, allerdings dem mongolischen, lebten. Eine Konstruktion, die sich von den Kaisern über die bürgerlichen Revolutionäre und die nationalistische Kuomintang bis zu den siegreichen Kommunisten erhalten hat. Bekräftigt sah und sieht China seine These dadurch, daß im 18. Jahrhundert die herrschenden Mandschus den Tibetern auf deren Bitte gegen die Dsungaren zu Hilfe kamen und Truppen nach Lhasa schickten. Um über die Interessen des Dalai Lama zu wachen, der damals noch ein Kind war, installierten sie dort einen sogenannten Amban. Der blieb, doch behielt sein Amt lediglich symbolischen Charakter und bekam nie machtpolitisches Gewicht. Seine de facto-Souveränität verlor Tibet nie.

Das Transhimalajaland war in neuerer Zeit für alle benachbarten Großmächte ein interessantes Gebiet. Im Osten China, im Norden Rußland und im Westen das unter britischer Herrschaft stehende Indien. Mit dem Königreich Nepal schloß Tibet 1856 einen Vertrag – als souveräner Staat. 1912 rief Sun Yat-sen die chinesische Republik aus und erklärte Tibet zur chinesischen Provinz, doch hatte er nicht die Macht, diesen Anspruch durchzusetzen, sowenig wie später sein Schwiegersohn Tschiang Kai-schek. Im Jahr darauf proklamierte der

### Heim ins Mutterland und Befreiung vom Imperialismus

13. Dalai Lama formal die Unabhängigkeit seines Landes. Kein Staat widersprach. Tibetische Pässe wurden ausgegeben und von keiner Grenzbehörde angefochten. England entsandte einen diplomatischen Vertreter nach Lhasa. Durch die Reformpolitik des Dalai Lama entstanden ein modernes Post- und Fernmeldenetz und ein eigenes Bankwesen. Das mittelalterliche Strafrecht wurde durch ein zeitgemäßeres ersetzt.

Im japanisch-chinesischen Konflikt und im zweiten Weltkrieg blieb Tibet neutral. Das konnte es nur als souveräner Staat; als Teil Chinas wäre es automatisch involviert

gewesen. Im zweiten Weltkrieg verweigerten die Tibeter den Briten den Transfer von Waffen in das von den Japanern besetzte Birma. Das wurde zwar respektiert, verprellte aber einen potentiellen Verbündeten im tibetisch-chinesischen Interessenkonflikt. Churchill nahm 1943 unmißverständlich Partei. Bei einem Treffen in Kairo versicherte er Marschall Tschiang Kai-schek, er könne nun Tibet wieder wie einst als „Nebenland Chinas“ betrachten. Mao Tse-tung versäumte nicht, schon bei der Proklamation der Volksrepublik China am 1. Oktober 1949 die „Zugehörigkeit Tibets zum Mutterland“ zu betonen und seine Befreiung von „ausländischen Imperialisten und einheimischen Unterdrückern“ anzukündigen. 1950 überschritten seine Soldaten die tibetische Ostgrenze. Die vorzeitige Übertragung der weltlichen Macht an den erst 15jährigen Dalai Lama als Antwort darauf blieb eine hilflose Geste. Sein Appell an die Vereinten Nationen fand kein Gehör. „Tibet ist nicht zu verteidigen“, urteilten amerikanische Generäle. Am 23. Mai 1951 zwang Peking den Tibetern einen Vertrag auf, in welchem Tibet zum historischen Bestandteil Chinas erklärt wurde. Die in diesem sogenannten 17-Punkte-Abkommen garantierte uneingeschränkte religiöse und kulturelle Auto-



Foto: John Ackerly (ICT)

Seit dem Einmarsch der Chinesen hat es immer wieder Volksaufstände der Tibeter gegeben – wie hier 1987 in Lhasa.

nomie wurde nicht einmal ansatzweise respektiert. Am 9. September 1951 marschierte die Volksbefreiungsarmee in Lhasa ein. Tibet wurde wie eine Kolonie behandelt, seine Kultur gezielt zerstört, seine Religion verlacht. Das stieß sogar die meisten derer vor den Kopf, die anfangs bereit waren zu kollaborieren.

Als im achten Jahr der Besatzung der begründete Verdacht aufkam, der Dalai Lama solle entführt, wenn nicht ermordet werden, entluden sich am 10. März 1959 Angst und Zorn der Bevölkerung in einem gewaltsamen Protest. 85.000 Aufständische – Ordinierte und Laien – starben, der Dalai Lama mußte über die Grenze in Sicherheit gebracht werden. Mit ihm flohen 100.000 seiner Landsleute über den Himalaja. Im indischen Dharamsala konstituierte sich unter seiner Führung die Tibetische Regierung im Exil

und gab sich 1963 eine demokratische Verfassung nach westlichem Vorbild. In Tibet aber begann eine Unterdrückung, die einen Vergleich mit Hitlers Besatzungspolitik in Osteuropa durchaus erlaubt und die den Vandalismus der Kulturrevolution, wie ihn auch China selbst später erlebte, um Jahre vorwegnahm.

Den Mönchen verbot man das Studium der buddhistischen Philosophie. Klöster wurden dem Erdboden gleichgemacht, sakrale Kunstwerke eingeschmolzen oder auf dem internationalen Antiquitätenmarkt verhöckert. Zahllose Mönche und Nonnen mußten die Robe ablegen und in ihre Dörfer zurückkehren – sofern man sie nicht zur „Umerziehung“ in Gefängnisse und Lager brachte. Dort waren Mord, Totschlag und Folter an der Tagesordnung. Hunderttausende Besatzungsgegner verloren ihr Leben. Doch die Kolonialpolitik forderte noch andere Opfer. Landwirtschaftliche Experimente, die den Gegebenheiten des Hochlands nicht entsprachen, führten zu einer Hungersnot, wie Tibet sie in seiner Geschichte noch nicht erlebt hatte. Insgesamt kamen in direkter oder indirekter Folge der Besatzungspolitik 1,2 Millionen Menschen um. Nach einer offiziellen chinesischen Statistik aus dem Jahre 1987 reduzierten die „demokratischen Reformen“ der Jahre 1959 bis 1966 Tempel und Klöster von 2700 mit 114000 Mönchen und Nonnen auf 550 Klöster mit 6900 Bewohnern. Das geschah vor der Kulturrevolution, die in Tibet nur den Rest besorgte. 1978 gab es nach Aussage des (chinesischen) Vizegouverneurs der sogenannten Autonomen Region Tibet (ART), Pu Qiong, noch ganze acht Klöster mit 970 Mönchen und Nonnen. Administrativ war Tibet 1965 neu gegliedert worden. Osttibet mit Amdo und Kham hatte man aufgesplittert und den benachbarten chinesischen Provinzen zugeschlagen. Etwa vier Millionen Tibeter leben dort und werden zunehmend von chinesischen Immigranten marginalisiert. West- und Zentraltibet mit seinen knapp zwei Millionen Einwohnern hat den Status der sogenannten Autonomen Region, doch eine Autonomie, die diesen Namen verdient, gibt es nicht. Auch im Kernland nimmt die Zahl der Chinesen zu. Allein in der Hauptstadt ist heute nur noch jeder dritte Einwohner ein Tibeter. Lhasa ist zu einer chinesischen Stadt mit einem Tibeterviertel geworden. Die Zuwanderer wurden und werden mit finanziellen und anderen Privilegien ins

### Die Kulturrevolution besorgte in Tibet nur noch den Rest

Land gelockt. Sie besetzen heute alle attraktiven Positionen und haben die lukrativsten Jobs, während unter den Tibetern die Arbeitslosigkeit grassiert. In Lhasa hat nicht einmal jeder zweite tibetische Schulabgänger einen Job. Trunksucht, Gewalttätigkeit und Prostitution sind eine Folge. Mehr und mehr ähnelt die Situation der Tibeter jener der Indianer in den Reservaten Nordamerikas. In dem Bewußtsein, daß mit der Sprache die Kultur stirbt und mit der Kultur die nationale Identität, machten die Chinesen an Schulen und Hochschulen Chinesisch zur Unterrichtssprache. Tibetisch wurde nur noch als Fremdsprache gelehrt. Das ist nach vorübergehender Unterbrechung auch gegenwärtig noch so. Selbst junge Literaten schreiben heute Chinesisch, weil sie in ihrer eigenen Sprache keine Leser finden und sich darin auch selbst nicht mehr differenziert genug ausdrücken können. Der Dalai Lama spricht von „kulturellem Genozid“. Wie alle Kolonialherren halten auch die Chinesen sich zugute, daß sie das Land, das sie sich aneigneten, modernisiert haben. Sie haben Straßen und Flughäfen gebaut, vor allem um Truppen zu bewegen und die geraubten Bodenschätze und Hölzer ins „Mutterland“ zu schaffen.



Foto: Ludmilla Tüting

Zerstörtes Kloster Ganden. Bereits vor der Kulturrevolution waren die bedeutendsten religiösen Stätten Tibets zerstört.



Die Schönheit der Landschaft ist gratis. Peking verdient immer mehr Geld mit dem Tourismus in Tibet.

Foto: Tenpa Shitsetsang

Die Zerstörung der Umwelt in Tibet ist ohne Beispiel. Jahrzehntelange Rodungen ohne Wiederaufforstung, eine gnadenlose Vernichtung der Fauna, die Errichtung von Militärstützpunkten und Raketenbasen und die devisenträchtige Entsorgung von internationalem Atom Müll – all das hat die Ökologie Tibets aus dem Gleichgewicht gebracht. Da aber in der Region alle großen Ströme Asiens entspringen – der Yangtse, der Ganges, der Brahmaputra und der Indus – haben die angerichteten Schäden

## Umweltzerstörung ohne Beispiel

Konsequenzen für den ganzen Subkontinent. Unregelmäßigkeiten im Auftreten der Monsune, wie sie seit einigen Jahren zu beobachten sind, bedrohen die indische Landwirtschaft. Und auch die Flutkatastrophen in Bangladesch, in China und neuerdings auch in Tibet selbst sind zum nicht geringen Teil dieser verantwortungslosen Raubpolitik geschuldet.

Dabei hatten Maos Tod und das Ende der Kulturrevolution auch Tibet zunächst eine Atempause gebracht. Dreimal durften sogar Vertraute des Dalai Lama offiziell nach Tibet reisen. Als aber der überwältigende Empfang der Delegationen durch die Bevölkerung an den Tag brachte, daß diese immer noch den Dalai Lama als ihr legitimes Oberhaupt ansah, wurden die sogenannten Fact-Finding-Missions abrupt beendet. In Peking setzte sich die Erkenntnis durch, daß die Tibetpolitik revidiert werden müsse. 1980 inspizierte der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas, Hu Yaobang, die Region. Er war schockiert über das Elend, das er dort zu sehen bekam, und warf seinen Genossen jahrzehntelange Mißwirtschaft vor. Der Lebensstandard der Tibeter liege unter dem Niveau von 1956. Hu verfügte eine vorläufige Abgabefreiheit für die Bauern. Unterdessen begann auch Deng Xiaopings liberale Wirtschaftspolitik zu greifen. China öffnete sich dem Tourismus und wollte sich auch die Attraktionen Tibets zunutze machen. Die Schönheit der Landschaft war gratis; die Kultstätten mußten freilich erst wieder aufgebaut werden, wenigstens dort, wo Touristen erwünscht waren. In den Schwerpunktgebieten des Fremdenverkehrs wurden Klöster und Tempel mit Staatsgeldern restauriert. Zusätzlich forderte die Verwaltung die Gläubigen auf, Geld zu spenden und in unbezahlten freiwilligen Arbeitsstunden mit Hand anzulegen. 1987 notierte die offizielle Statistik, es seien seit 1978 230 Klöster renoviert oder wieder aufgebaut worden. Der auf Exotik erpichte Reisende sollte auch Exotisches zu sehen bekommen. Anstelle der maoistischen Einheits-



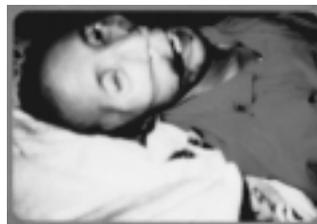
kluft durften die einheimischen Trachten wieder getragen werden. Eine begrenzte Zahl von Mönchen und Nonnen wurde zugelassen. Pilgerfahrten wurden gestattet, religiöse Riten erlaubt. Das Studium der buddhistischen Philosophie in den Klöstern blieb aber verboten.

Wie in China hatte auch in Tibet das Lockern der Schraube Wirkungen, die weder vorausgesehen noch erwünscht waren. Unorthodoxe Literatur gelangte in die Hände der Studenten. Der Tourismus brachte Informationen aus der Welt ins Land und aus dem Land in die Welt. Bald forderten die Jungen in China Demokratie; in Tibet artikulierte das Kolonialvolk jetzt seine Forderungen nach Selbstbestimmung und Rückkehr des Dalai Lama unüberhörbar auf Demonstrationen. Touristen fotografierten

## Die Generalprobe zu Tienanmen fand in Lhasa statt

schießende und prügelnde Polizisten und Soldaten. Das war die Stunde der Hardliner. 1987 verlor der liberale und auch Tibet wohlgesonnene Parteichef Hu Yaobang sein Amt. Als er zwei Jahre später starb, kam es anlässlich seiner Beerdigung in Peking zu jenen Studentenkundgebungen, die im Massaker auf dem Tienanmen-Platz ihr trauriges Ende fanden. Die Generalprobe der Tragödie hatte in Tibet stattgefunden. 1989, drei Monate vor Tienanmen, fand auf dem Barkhor in Lhasa ein Massaker statt. Ein chinesischer Polizeifilm mit grausamen Bildern wurde aus dem Land geschmuggelt und ging über alle westlichen Fernsehkanäle. Über Tibet wurde das Kriegsrecht verhängt und erst nach einem Jahr wieder aufgehoben.

Angesichts der bedrückenden Nachrichten, die ihn aus Tibet erreichten, beschwor der Dalai Lama die jungen Tibeter, sich nicht zu Gegengewalt hinreißen zu lassen. Die Chinesen forderte er zum Dialog auf und warb dafür in der westlichen Welt um Unterstützung. Am 27. September 1987 verkündete er auf dem Capitol Hill in Washington vor dem Menschenrechtsausschuß des amerikanischen Kongresses einen Fünf-Punkte-Friedensplan. Er schlug vor, ganz Tibet zu einer Friedenszone zu machen. Die chinesische Umsiedlungspolitik solle beendet, die Respektierung der fundamentalen Menschenrechte und der demokratischen Grundrechte gewährleistet werden. Schluß solle sein mit der Umweltzerstörung und der



Der Tibeter Lobsang Wangchuk starb an den Folgen der Folter. Auch heute werden Tibeter inhaftiert und gefoltert, weil sie sich für die Unabhängigkeit Tibets einsetzen.

Ausbeutung Tibets zum Zwecke der Herstellung von Atomwaffen und der Lagerung radioaktiven Abfalls. Schließlich bot er ernsthafte Verhandlungen über den künftigen Status Tibets an. Vor dem Europäischen Parlament in Straßburg ging er 1988 noch einen Schritt weiter. Ge-

samt Tibet solle, so formulierte er in seiner Straßburger Erklärung, „in Assoziation mit der Volksrepublik China eine sich selbst regierende, demokratisch-politische Einheit“ werden. Außen- und Sicherheitspolitik könnten in Händen der chinesischen Regierung bleiben.

Im Westen fanden seine Gedanken viel Sympathie. Tibetgruppen wurden gegründet, die sich bei den Politikern ihrer Länder für Tibet engagierten. Der Dalai Lama wurde zu Hearings eingeladen. Parlamente diskutierten die Tibetfrage, faßten Resolutionen – der Deutsche Bundestag zuletzt 1996 –, in denen die Regierungen aufgefordert wurden, sich für die Wiederherstellung der Menschenrechte in Tibet und für einen Dialog zwischen den chinesischen Machthabern und dem Dalai Lama einzusetzen. Doch die Regierenden ließen sich nicht von ihren Parlamenten unter Druck setzen, wohl aber von Peking. Dort winkte man mit Milliardenengeschäften, und schon sprangen Politiker wie Helmut Kohl oder Jacques Chirac über's chinesische Stöckchen. Sie setzen heute auf „stille Diplomatie“, wie sie es nennen, und versäumen keine Gelegenheit zu beteuern, daß sie Tibet als Teil des chinesischen Staatsverbands betrachten und eine Tibetische Regierung im Exil nicht anerkennen.

Die Chinesen ließen den Dalai Lama wissen, er müsse erklären, daß Tibet schon immer ein Teil Chinas war, dann

### **Patriotische Umerziehung der Tibeter**

ließe sich über Verhandlungen reden. Dies lehnte der Friedensnobelpreisträger ab, weil es unwahr sei und er als Mönch nicht lügen dürfe. In der Folge verschärften die chinesischen Machthaber die Repression in Tibet. 1993 arbeiteten Funktionäre generalstabsmäßig einen Plan „für die patriotische Umerziehung“ der tibetischen Bevölkerung aus. 1996 begann die sogenannte Anti-Separatismus-Kampagne. Der Dalai Lama wurde als „Kopf der Schlange“ bezeichnet, die es zu vernichten gelte. Mönche und Nonnen müssen sich schriftlich von ihm lossagen. Wer sich weigert, wird gezwungen, das Kloster zu verlassen. Manche werden zu Gefängnis oder Arbeitslager verurteilt. In Lhasa, Shigatse und Gyantse, den größeren Städten, durchsuchen Rollkommandos Klöster und Tempel nach Dalai Lama-Bildern. Wo sie fündig werden, drohen den Besitzern Strafen und Zwangsschulungen. Wer sich nicht im Sinne der Machthaber erklärt, kann auf Jahre seine Freiheit verlieren. Die Zahl der politischen Gefangenen, die in Kerker und Arbeitslagern für ihre Gesinnung büßen, ist so hoch wie lange nicht. Nach Recherchen des „Tibetischen Zentrums für Menschenrechte und Demokratie in Dharamsala“ wurden in den vergangenen zwei Jahren 3993 Mönche und

Nonnen aus den Klöstern vertrieben, 294 verhaftet und 14 getötet. Von den 1216 politischen Gefangenen sind 837 Mönche oder Nonnen.

Repression und Widerstand bedingen einander. Am 24. Mai 1998 explodierte vor der Polizeidirektion von Lhasa eine Bombe. Es war nicht das erste Mal, daß in Tibet gebombt wurde. Seit 1995 geschieht das in unregelmäßigen Abständen immer wieder. Unter den Exiltibetern wächst die Zahl derer, die die Forderung des Dalai Lama nach Gewaltlosigkeit ablehnen und nach bewaffneten Aktionen rufen. „Was haben uns 40 Jahre Gewaltlosigkeit gebracht?“ fragen sie. Im Sommer 1998 bewies der amerikanische Präsident den Vertretern der „stillen Diplomatie“ in Europa, daß man auch ohne Leisetreterei mit den Chinesen umgehen kann. Live sprach Bill Clinton im chinesischen Staatsfernsehen die Menschenrechtsverletzungen und das Tibetproblem an. Viele Chinesen erfuhren auf diesem Wege zum ersten Mal, daß es ein Tibetproblem gibt. Und ebenfalls zum ersten Mal ließ sich ihr Staats- und Parteichef öffentlich darauf ein. Er sei zu einem Dialog mit dem Dalai Lama bereit, versicherte Jiang Zemin – ebenfalls live im Fernsehen. Bisher wurde jede Erwähnung der Tibetfrage durch ausländische Politiker als „Eingemischung in die inneren Angelegenheiten“ Chinas abgeschmettert. Wieweit hier Einsicht im Spiel ist, wieweit Berechnung, bleibt abzuwarten. Man weiß, wie sehr China in jüngster Zeit um Reputation in der Völkergemeinschaft bemüht ist. Wohlverhalten läßt sich kaufen, Reputation nicht. Vielleicht sieht man das inzwischen. Die ungeschminkte Rede eines westlichen Präsidenten live, das heißt unzensuriert unter's Volk zu bringen, das offenbart zum mindesten einen neuen Stil und eine neue Souveränität im Umgang mit der nationalen und internationalen Öffentlichkeit.

Die Bereitschaft Jiang Zemins zum Gespräch mit dem Dalai Lama muß sich allerdings am Verzicht auf die Zumutung messen lassen, Chinas Geschichtsverständnis zu akzeptieren. Nicht um Tibets Vergangenheit geht es in einem Dialog, sondern um seinen künftigen Status. Sind die Nachfolger Deng Xiaopings bereit, über wahre Autonomie zu reden? „Die Geschichte hat bewiesen, daß es niemals gelungen ist, einem Volk ungeachtet seiner Wünsche und der

Gegebenheiten in dem betroffenen Land ein bestimmtes Gesellschaftssystem oder eine bestimmte Ideologie aufzuzwingen.“ (Li Ruihuan, Mitglied des Politbüros der KPCh im Mai 1998 beim Staatsbesuch in Bukarest.)



**Mahnwache vor der chinesischen Botschaft in Bonn: Der Dalai Lama hat noch immer eine Schlüsselrolle im Ringen um die Freiheit Tibets.**

*Helmut Clemens ist Rundfunk- und Fernsehjournalist. Er war 15 Jahre ARD-Korrespondent in Moskau, Prag, Belgrad und Lissabon. Er ist Mitglied der Tibet Initiative Deutschland e.V.*